Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug, Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 12. Februar 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklamen einzeln 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 18

Die Tarifausschussitzung

Am 9. Februar hat in Berlin in den Nachmittagsstunden ein vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteter Schlichtungsausschuss in Anwesenheit beider Parteien des zur Zeit noch in Leipzig versammelten Tarifausschusses verhandelt, die hauptsächlichste Streitfrage, die Gewährung einer neuen Teuerungszulage, zu entscheiden. Nach langwierigen Verhandlungen, bei denen von beiden Seiten alles für und Wider noch einmal mit aller Deutlichkeit zur Darstellung kam, fällt der Schlichtungsausschuss in der zwölften Stunde nachts einstimmig folgenden

Schiedspruch:

Der Schlichtungsausschuss ist der Ansicht, daß die Teuerungsverhältnisse seit dem 3. November 1920 ungeachtet der zwischenzeitlichen Teuerung nicht so gestiegen sind, daß von einer wesentlichen Änderung der Verhältnisse gesprochen werden kann.

Zur Abgeltung aber der zwischenzeitlichen Teuerung ist den Gehilfen und anteilmäßig den Hilfsarbeitern über 21 Jahren eine Beihilfe zu gewähren, die wöchentlich beträgt in den Lohnklassen B und C:

In den kleineren Orten mit einem Lokalaufschlag bis einschließlich 7 1/2 Proz. 10 Mk. in den mittleren Orten mit einem Lokalaufschlag bis einschließlich 17 1/2 Proz. 12 „ und in den übrigen Orten 15 „

Die Gehilfen im Berechnen erhalten die vorstehende Beihilfe nicht, wenn sie mehr als 15 Proz. über ihren Tariflohn während der ersten fünf Lohnwochen dieses Jahres verdient haben.

Soweit in einzelnen Betrieben nach dem Abkommen vom 3. November 1920 in Rücksicht auf die Teuerungsverhältnisse außertarifliche Zulagen gewährt worden sind, können diese auf die obigen Beihilfen angerechnet werden.

Die Beihilfe ist während der Zeit vom 1. Februar bis 1. Mai 1921 zu zahlen und kann auf Wunsch der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer in einem Gesamtbetrag von 130 bzw. 156 bzw. 195 Mk. oder in Teilbeträgen gezahlt werden; bis zum 1. Mai verlängert sich auch das gegenwärtige Lohnabkommen.

Diese Entscheidung, die in keiner Weise den berechtigten Forderungen der Gehilfenschaft Rechnung trägt, wurde von den Vertretern der letzteren wie auch der Prinzipale mit dem Vorbehalte der endgültigen Zustimmung oder Ablehnung bis zum 13. Februar zur Kenntnis genommen.

Vor dem Wiederzusammentritt des Tarifausschusses in Leipzig am nächsten Tag, am 10. Februar, nahmen die Gehilfenvertreter in einer besonderen Beratung Stellung zu dem Schiedspruch. Trotz mehrföhrlicher Aussprache ergab sich jedoch keine endgültige Entscheidung. Das gleiche auch auf Prinzipalsseite der Fall zu sein. Denn nach Eröffnung der Plenarsitzung wurde von Prinzipalsseite auf die Unzulänglichkeiten des Schiedspruchs hingewiesen und der Antrag gestellt, eine Kommission einzulernen.

Von Gehilfenseite wurde erklärt, daß auch sie gegen den Schiedspruch sehr viele Einwendungen zu erheben habe, und daß sie deshalb dem gestellten Antrag auf Bildung einer Kommission ihre Zustimmung gebe. Von beiden Seiten wurden hierfür sechs Vertreter bestimmt. Darauf vertagte sich das Plenum, während die Kommission ihre Arbeit sofort aufnahm. Bis zum Abschluß dieser Nummer liegt noch kein endgültiges Resultat vor.

Die Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe, im besondern ihre Dauer

Die Abhandlung in Nr. 3 über „Die örtliche Ausbreitung der Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe“ hat viel Interesse gefunden. Den größeren Wert legen wir nach jenen Betrachtungen diesmal auf den zentralen Umfang der Arbeitslosigkeit und ihre Dauer. Da in der letzten Nummer der Bericht unserer Hauptverwaltung für den Dezember erschienen ist, kann das ganze Jahr 1920 einen Gradmesser abgeben und daran eine Entwicklung festgestellt werden, die zu ernsthaften Erwägungen Anlaß geben muß.

Wenn wir im nachstehenden die für jeden Monatschluß von der Hauptverwaltung festgestellte Zahl der Arbeitslosen als Unterlage nehmen, so müssen die daraus gewonnenen Ergebnisse mit dem Vorbehalte versehen werden, daß die Arbeitslosigkeit während eines Monats häufig größer sein kann. Auch werden durch die fast unvermeidlichen Nachträge die Monatszahlen größer. Die Verbandsstellung hat in einem Zirkular jüngst Andeutungen von Säumnigkeiten in der Berichterstattung aus den einzelnen Orten machen müssen, die sogar auf eine erhebliche Vergrößerung der in den monatlichen Nachmeldungen zu findenden Ziffern schlußfolgern lassen. Es ist sehr notwendig, daß die im Zirkular Nr. 22 gemachten Bemerkungen vollste Beachtung finden, damit unsere Arbeitslosenstatistik schnell und sicher funktioniert.

Unbeschadet dieser Einwendungen gegen die zur Berechnung genommenen Zahlen läßt die gleiche Methode ihrer Verarbeitung dennoch ein brauchbares Material gewinnen. Die Jahre 1913 und 1919 bieten als letztes bzw. als erstes Friedensjahr wohl die besten Vergleichsmöglichkeiten. Unter dem nochmaligen Vorbehalte, daß die nachstehend aufgeführten Zahlen hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, gestaltet sich in den drei Jahren 1920 (Pellis), 1919 (Nonpareille) und 1913 (ebenfalls Nonpareille) alle in für den Verband der Deutschen Buchdrucker die Arbeitslosigkeit nach Vollarbeitslosen folgendenmaßen:

1920	Arbeitslose am Monatschluß	Arbeitslosentage insges. mit	Im Durchschnitt auf den Arbeitslosen
Januar	1437	55.418	39
1919:	6004	194.234	32
1913:	3787	58.606	15
Februar	1450	47.357	33
1919:	5071	193.560	38
1913:	3265	46.133	14
März	1766	51.685	31
1919:	2993	157.341	52
1913:	3276	47.090	14
April	1793	61.155	34
1919:	2640	94.791	32
1913:	3500	50.986	15
Mai	1701	62.585	37
1919:	2208	94.524	43
1913:	4716	82.535	18
Juni	2037	62.186	31
1919:	1662	71.068	43
1913:	5463	94.005	17
Juli	2089	73.407	35
1919:	1343	59.924	45
1913:	6348	116.832	18
August	2182	67.215	31
1919:	1431	61.324	43
1913:	7079	139.812	20
September	2292	75.907	33
1919:	1394	51.587	37
1913:	6670	111.133	17
Oktober	4483	142.037	32
1919:	1357	53.260	38
1913:	5900	94.022	16
November	3015	95.054	31
1919:	1138	48.832	43
1913:	3375	52.538	16
Dezember	2518	68.464	27
1919:	1443	40.857	28
1913:	2907	40.037	14

Bis zum Mai hatte also das Jahr 1919 größere Arbeitslosigkeit aufzuweisen als 1920; für Januar und Februar waren es, im Zeichen der Remobilisierung, sogar Rekordziffern. Das Jahr 1920 zeigte günstigen Anfang, ging mit Juni jedoch schon über 1919 hinaus, hatte im Oktober mit 4483 Arbeitslosen einen ganz schlimmen Stand erreicht,

von dem es dann in nicht unbeträchtlichen Abständen wieder zurückging. Im Jahresdurchschnitt stehen sich beide Jahre aber ziemlich gleich, nämlich 1920 mit 2230 und 1919 mit 2393. Trotzdem ist im Jahre 1920 die Arbeitslosigkeit größer gewesen, da die Kurzarbeiter (ungefähr 4 Proz.) und die durch Beschäftigungsmangel aus dem Berufe Gedrängten (5,4 Proz.) ein erheblicheres Kontingent stellen als 1919.

Im Jahre 1920 ist daher auch 1913 ganz anders anzustellen, was die Zahl der Arbeitslosen anbelangt. Wir erleben in der Statistik für 1913 für jeden Monat bedeutend höhere Ziffern: im Juli 6346; 2037, September 6670; 2292, August sogar 7079; 2182, und kommen zu einem Jahresdurchschnitt von 4690 für 1913 und 2230 für 1920. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit geringer gewesen, wie sich aus den drei wesentlich in Betracht kommenden Umständen nachweisen läßt: Kurzarbeit, aus dem Berufe gedrängt, Dauer der Arbeitslosigkeit.

Kurzarbeiter gab es nämlich im Jahre 1913 überhaupt nicht. Damals konnte wohl von (wenigen) „aus dem Beruf Abgegangenem“ gesprochen werden, jetzt ist dafür der schärfere und sozial ungünstigere Begriff „aus dem Berufe gedrängt“ zu setzen. Ende 1920 waren es keineswegs vollständiger Erlassung 5,4 Proz. der Mitglieder des Verbandes Arbeitslosigkeit war vor dem Krieg etwas Abstraktes, heute unterscheiden wir nach Arten darin, nämlich nach Vollarbeitern, Kurzarbeitern und Berufsabgängigen. Darin liegt viel Verschlechterung ausgedrückt. Wir Buchdrucker hatten immer große Arbeitslosigkeit, nehmen wir aber aus der Abhandlung in Nr. 3 die Hauptresultate zur Gegenüberstellung mit den doch glatten Arbeitslosenziffern von 1913, dann möchte man mit diesen damals als so schlimm betrachteten Verhältnissen noch gern tauschen. Das wird schnell einleuchten, wenn wir anführen, daß im Jahre 1913 die Arbeitslosenziffer: 5,5 Proz. war. 1919 war sie 6,7 Proz. Kurzarbeiter und aus dem Berufe Gedrängte bleiben außer Betracht, weil für 1919 nicht festgelegt. Im Jahre 1920 aber hatten wir nach einseitigen Teilsfeststellungen (siehe Nr. 3) 10,4 Proz. Vollarbeitslose, 3,9 Proz. Kurzarbeiter und 5,4 Proz. in andern Berufen Tätige.

Eine sehr schlimme Erscheinung ist die zunehmende Dauer der Arbeitslosigkeit. Nach unserer Methode der Umrechnung, die wegen der noch nicht alles erfassenden Monatsberichte von den späteren Feststellungen im Verbandsjahresberichte etwas abweichen werden, zeigt es sich, daß die im Jahre 1913 arbeitslos gewordenen 4690 Mitglieder 77756 arbeitslose Tage zu verzeichnen hatten, die nur 2230 im Jahre 1920 aber kamen auf 72156, und statt 17 Tagen Durchschnittsdauer hatte im Jahre 1920 ein jeder Vollarbeitslose 32 Tage zu vermerken. Drastischer noch wird der Vergleich durch folgende Gegenüberstellung:

Arbeitslose	Vermind. in Proz.	Arbeitslosentage	Vermind. in Proz.	Durchschn. Dauer in Tagen	Zunahme in Proz.
1913 4690	—	77756	—	17	—
1920 2230	52,5	72156	7,3	32	88,2

Das ist jedenfalls eine höchst unerfreuliche Entwicklung. Die Arbeitslosigkeit wird trotz der behördlichen Unterstützung, von der man 1913 noch nichts wußte, durch die lange Dauer jetzt bedeutend fühlbarer. Die Not der Arbeitslosen nimmt zu, auch wenn ihre Zahl geringer ist. Die Organisation hat ebenfalls größere Opfer zu bringen, muß, wie geloben, zu besonderer Notunterstützung greifen. Was im Gewerbegebiete dabei mißfällt, berührt Kollege Kollege im nachfolgenden Artikel, welche allgemein-wirtschaftlichen Gründe hier mißsprechen, und was zur Behebung der Arbeitslosigkeit auf allen den Wegen unternommen werden kann, wozu auf der letzten Tarifausschussitzung so viel die Rede war und in Abwandlungen im Verband und im „Storr.“ zur Debatte steht, soll noch in Spezialartikeln erörtert werden, sobald sich Gelegenheit dazu herbeiführen läßt.

Wenn auch die Arbeitslosigkeit in ihrem Bilde wechselfelt und nicht jeden Monat gleich schlimm ist, was vom gegenwärtigen Zeitpunkt gelagt werden kann, feststeht, daß die

Arbeitslosigkeit bei den Buchdruckern im allgemeinen einen hohen Stand aufweist, und daß die durchschnittliche Dauer bei einem Vergleiche zu den andern Berufen weit über den Reichs- und Provinzialdurchschnitt hinausgeht. Wir Buchdrucker genießen den fröhlichen Ruhm, hier uns in der schlechtesten Gruppe zu befinden.

Zur Beurteilung der Arbeitslosigkeit bei uns ist also die Berücksichtigung ihrer Dauer ein großes Erfordernis. Das möchten wir den Prinzipalen legen, die mit dem Operieren von nur absoluten Zahlen sogar schon Verbesserung gegen die Vorkriegszeit glauben herauszufiltern zu können.

Mithilfe

Gesetzesabtraktanten legen so sehr viel Wert auf ihre Arbeit, daß sie bald an die alles umfassende Materie selbst glauben oder mit lippistischem Vödeln erklären, die Auslegung des Paragraphenwertes bleibt den Juristen oder den dafür eingetragenen Instanzen überlassen. Doch das tägliche Leben läßt sich nur schwer nach den Bestimmungen dieser geistige Kräfte absorbierenden Arbeit regulieren. Es schlägt allem so seine Schnippen und lacht nebenher gangbarere Wege zu geben. Es wäre interessant, die Frage aufzuwerfen, für wen Gelebe fabriziert werden. Zum Schutze der Schwachen? Gewiß nicht! Wo es den Nutzen hat, ist es ein londerbares Gemengel und sehr, sehr ansehbar. So werden alle Menschen Gelebesubereiter. Bewußt oder unbewußt. Bekannt ist die Redensart, daß man die Kleinen hängt und die Großen laufen läßt. Im öffentlichen Leben bewahrt sich's immer wieder.

Der Gelebesarian gibt es so viele. Uns interessiert das oft mit Stolz betonte „selbstgeschaffene“ Gelebe; der Taril. Was soll er uns nicht alles sein? Der Regulator zwischen Unternehmer- und Arbeiterinteressen. Praktisch reguliert er wenig. Er heißt höchstens aufpassen, das Wenige, was er den Arbeitern bringt, außer zu machen. Wir Schwachen trotzdem immer in der Luft und sind das Objekt ausbeuterischer Tendenzen einer kleinen bedröckelten Menschenzahl. Die materielle Seite spielt nicht immer die Hauptrolle, mehr ergeben sich aus dem Arbeitsverhältnis an sich Merkmale von Unterstellungen oder Hintergebungen aufgerichteter Schutzbestimmungen. Auf eine solche allgemeine ausfallende Tatsache möchte ich das Augenmerk lenken. Dadurch, daß einerseits bei eintretendem Arbeitsmangel das Verhärten einer Woche vorher angelagt werden muß und andererseits Entlassungen nur vorgenommen werden dürfen, wenn nachweisbar trotz des Verhärten die Arbeit nicht „reicht“, also auch der „Stamm“ „bluten“ muß, will sich der Unternehmer, um den „Stamm“ zu heilen wie möglich zu erhalten, in jeder Weise „sichern“. Alle sozialen Empfindungen treten zurück und einer beruft sich auf den andern. Der Große hängt damit an und der Kleine amtiert nach. Er werden die Arbeiter mehr denn je „lebende“ Arbeitsinstrumente. Ein festes Arbeitsverhältnis gehört bald ins Reich der Fabel. Wie dies gemacht wird, illustriert folgender Kasus aus der Praxis:

Kiermit beehre ich, bei der Firma Karl Ringer & Sohn ausbittungsweise beschäftigt zu sein. Ich erkläre mich mit jederzeitiger Entlassung einverstanden, ohne eine vorherige Verkürzung der Arbeitszeit zu verlangen.

Berlin, den ... 192...

Sie hat nicht zu denken, wohn wir gekommen sind? Sitzen nicht, aber bluntern, und wenn kein Einhalt geboten wird, schludern wir unklar die Rutschbahn hinab. Wir müssen uns dagegen wehren, und unsere Organisation muß dem Kapitel „Mithilfe“ energisch zu Leibe rücken. Wo sie nicht zu umgehen ist, muß die Bezahlung in erster Linie eine höhere sein, gewissermaßen eine Entschädigung zur Wiederverurteilung baldiger Arbeitslosigkeit. Auf keinen Fall darf „Mithilfe“ bis zum St. Nimmerleinstag ausgedehnt werden, um sich jederzeit „unbequemer“ Kräfte über Minimum entlohnt oder Freiertagsbezahlung oder Ferien beanspruchender Gehilfen entbehren zu können. Auf dem Nachwehler herrscht reger Betrieb, „sie“ kommen und geben und werden alle Bekannte. Lehten Endes muß diese Vermittlungsart demoralisieren, so daß der „Wille zur Arbeit“ begrifflicherweise nachläßt. Man möge sich in das Schicksal dieser unselbsthaften, „ausblieben“ Kollegen verleben, dann versteht man alles, aber auch alles.

Ein Beispiel nur. Eine größere Firma wollte auf kurze Zeit zur Mithilfe verlangen Kollegen berechnen lassen. Sie lebten es ab. Die Einstellung unterließ nun, doch die Arbeit wurde vom „Stamm“ durch Überhunden fertiggestellt. Warum gab sich der „Stamm“ dazu her? Er durfte dies auf keinen Fall tun. Es war unkollegial, gelinde ausgedrückt.

Geben die Unternehmer von dieser neuzeitlichen Praxis nicht ab, nun gut, Arbeitswille fördern sie damit nicht, ihr Betrieb selbst leidet unter häufigem Wechsel und wird zur unglücklichen Glätte, die auch einmal gemieden werden kann, wenn die Arbeit sich häußt und „elit“.

Aufgabe der Organisation aber muß es sein, mit allem Nachdruck solchen „Vorlesungen“ der Unternehmer zu begegnen und damit dem Gebiete der modernen Verhäuung vorzubeugen. Nicht der Taril, sondern die Organisation würde immer und überall als Regulator zum Nutzen der Mitglieder! Ich wünsche, der Tarifratsgeschäftsleiter würde sich einmal recht eingehend mit dem Kapitel „Mithilfe“ beschäftigen, vielleicht könnte er zur „Mithilfe“ beitragen und sich den Dank großer Gehilfenkreise verdienen. Die Wunde ist immer tiefer; sie zu heilen, veruche jeder Kollege mit beizutreten.

Neukölln,

Sermann Kolke.

Hamburger Überseeweche

Es gab und gibt in Hamburg, vielleicht auch in andern Orten, Kollegen, die man gemeinhin mit dem Namen „Projektmacher“ bezeichnet. Auch ich gehöre in gewissem Sinne zu diesen, doch bitte ich gewöhnlich solche Vorlesungen zu machen, die auch wirklich realisierbar sind. Ich hatte schon im vorigen Jahr in der Typographischen Gesellschaft in Hamburg angeregt, zusammen mit den Prinzipalen eine Druckausstellung zu veranstalten. Diese Idee lebte leider an dem Verstande der Prinzipale. Nun findet ja in diesem Jahre in Hamburg (der Zeitpunkt liegt allerdings noch nicht fest) eine sogenannte Überseeweche statt. Sie hat den Zweck, durch Ausstellungen und Vorträge auf dem Gebiete des Handels, der Industrie, der Kunst usw. der auswärtigen Industrie und dem auswärtigen Handel zu zeigen, daß Hamburg noch nicht tot ist, daß im Gegenteil der alte hanseatische Unternehmungsgest noch lebt, und daß der Hamburger Kaufmann und der Hamburger Industrielle nur darauf warten, mit liegenden Bahnen den vor dem Kriege so blühenden Ost- und Export, den Handel und Wandel wieder aufzunehmen.

Diese Überseeweche bietet meines Erachtens dem Hamburger Druckgewerbe eine so leicht nicht wiederkehrende Gelegenheit, seine Leistungsfähigkeit zu zeigen, was sicherlich im Interesse aller Berufsangehörigen läge. Es sollte mich freuen, wenn meine Anregung auf fruchtbaren Boden fallen würde. Bestimmte Richtlinien kann man ja noch nicht aufstellen, das würde einer aus Prinzipalen und Gehilfen zu bildenden Kommission überlassen bleiben, die mit den Vorgesetzten baldigst beginnen müßte.

Hamburg.

Karl Meyer.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Hamburg. In der allgemeinen Buchdrucker-Verammlung am 24. Januar erfolgte die Aufstellung der Kandidaten für die anlässlich der Tarifverneuerung erforderlichen Neuwahlen. Daran anschließend fand die außerordentliche ordentliche Generalversammlung statt, in der zunächst Vorsitzender Georg Maier den Mitgliedern in seinem Tätigkeitsbericht die Fülle der im abgelaufenen Jahre 1920 bewältigten organisatorischen Arbeit vor Augen führte. Seit 1890/91 dürfte das abgelaufene Jahr speziell für den diesigen Ort das arbeitsreichste und verantwortungsvollste gewesen sein. An den Vorstandsbereich schlossen sich die einzelnen des Kassierers, Kollegen Schmidt, und der Gewerkschaftsleiter. Auch diese Berichte zeigten ein gewaltiges Anwachsen der Verwaltungs- und gewerkschaftlichen Aufgaben. Die Versammlung brachte durch einstimmige Entlassung dem Gesamtantrieb ihren Dank zum Ausdruck. Bei der vorgenommenen Neuwahl wurde der bisherige Vorstand in seinen Hauptämtern wiedergewählt; lediglich in der Beisitzerstellen traten Änderungen ein. Des Weiteren wurden vier Kollegen neu aufgenommen.

Bauen. Unre Jahreshauptversammlung am 22. Januar war sehr gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Gewerkschaftsleiter Karl Vogel in warmempfindlichen Worten einen ehrenden Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken des Dahingegangenen in derkühmlicher Weise. Nach Erledigung einiger tariflicher und gewerkschaftlicher Angelegenheiten brachte Vorsitzender Jaetzke seinen Jahresbericht zu Gehör. Dieser bot ein klares, übersichtliches Bild von den Ereignissen des vergangenen Jahres sowohl auf wirtschaftspolitischen und gewerkschaftlichem Gebiet als auch von denen organisatorischer und tariflicher Natur. Am Schluß seiner interessanten Ausführungen kam Redner auf die Gegenwartsverhältnisse zu sprechen und bezeugte die auch in unsern Kreisen immer mehr hervortretende Selbstsucht als eine der Hauptursachen aller uns bedrückenden Leiden. Mit einer Ausnahme (Bibliothekar, der Wiederaufbau ablenkte) wurden sämtliche Mitglieder des alten Vorstandes wiedergewählt. Als Delegierte in den Ortsauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurden zwei Kollegen gewählt. Schwieriger gestaltete sich die Wahl eines Leiters der Verdringungsabteilung an Stelle des Kollegen Köbber, der das Amt als solcher bereits nach einigen Wochen aus wenig hochhaltigen persönlichen Gründen niedergelegt hatte. Schließlich wurde Kollege Benzig einstimmig für diesen Posten gewählt.

Berlin. (Maschinenmeister.) Am 16. Januar fand unsere ordentliche Generalversammlung statt, auf der dem verstorbenen Kollegen Paul Strauch die letzte Ehrung durch einen herzlichen Nachruf seitens des ersten Vorgesetzten gewidmet wurde. Die Arbeitslosigkeit ist wieder gestiegen; 230 Drucker füllen den Arbeitsnachweis. Die Versammlung wurde durch Wahlen für Zentralkommission und Vorstand sowie durch Jahres- und Kassenbericht und Neuregelung des Beitragswesens ausgefüllt. Die Entwürfe für eine Eintrittskarte der Typographischen Vereinigung Berlin zu unserm 25. Stiftungsfest sowie Neujahrswünsche von Brudervereinen wurden ausgestellt. Für die ausstehenden Kollegen Seher und Höner wurden die Kollegen Paul Fischer und Georg Dörband gewählt. Der Vorstand setzt sich nunmehr u. a. zusammen aus den Kollegen Polchmann als erstem Vorsitzenden und Strauch als Kassierer. Als Beisitzer in das Tarifschiedsgericht wurden zwei Kollegen aufgestellt. Der wöchentliche Beitrag von 30 Pf. wird ab Februar eingeführt.

Berlin. (Maschinenmeister.) Am 15. Januar fand unsere Generalversammlung, die mit der Einführung des neuen Tarils konnte von den Betriebsräten berichtet werden, daß dieser nach längeren Verhand-

lungen mit den Prinzipalen als anerkannt zu gelten hat. Die Prinzipale waren unter sich übereingekommen, den höher Entlohnenden nicht mehr den selber über Minimum bezahlten vollen Betrag zu gewähren, sondern eventuell nur die Hälfte. Dieses Entschließen wurde von Gehilfen natürlich strikt abgelehnt. Infolge weiterer Verhandlungen bewilligte die Firma C. Köber ihren Gehilfen die weitere Bezahlung des Betrags von 14 Mk. über Minimum. Dadurch wurden die andern Firmen ebenfalls gezwungen, zu bezahlen. Die Anerkennung des Hilfsarbeiterlohns hatte hier großen Widerstand zu überwinden. Die Prinzipale motivierten ihre Ablehnung mit dem Einwande, die Provinzprinzipale hätten den Hilfsarbeiterlohn abgelehnt. Nach längeren Verhandlungen einigte man sich, bei der Firma C. Grüner auf hundertprozentige Steigerung der Löhne bis zum 1. Oktober 1921. Die Firma C. Köber hatte den alten Lohn unter Vorbehalt weitergezahlt. Jetzt, am letzten Jahrlage, aber gab sie die vollen neuen Tariflöhne aus. Somit hat die Einführung des neuen Tarils hier am Ort ihre friedliche Lösung doch noch gefunden.

Darmstadt. In der geliebten allgemeinen Buchdrucker-Verammlung des Tarifschiedsgerichtsbezirks Darmstadt am 20. Januar erfolgte der seitberger Gehilfen-vorstand des Schiedsgerichts, Kollege Wlemmer, Bericht über die Tätigkeit dieser Institution während der abgelaufenen Tarifperiode. Zur Neubesetzung dieser Ämter wurde eine Anzahl von Kollegen als Kandidaten aufgestellt, die per Urwahl zu wählen sind. — Daran anschließend fand eine Bezirksverammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben Reglers des verdientesten Führers der deutschen Gewerkschaften, und eines Kollegen in der sächsischen Weite geehrt. Die Remuneration des Vorstandes wurde nach einem Vortrage deselben in anderer Weise sehr feilher geregelt. Nach eingehender Diskussion fand das von nun an geltende feste Regulatorium einstimmige Annahme. Unter Punkt „Tarifliches“ wies der Vorsitzende auf einzelne Positionen des neuen Tarils hin, deren strikteste Durchführung er der Tarilsammlung empfahl. Betreffs der 15-km-Zone wurde berichtet, daß sich die beiden Inhaber der Groß-Gerauer Druckereien weigerten, das Darmstädter Minimum zu bezahlen. Die Verammlung stellte sich auf den Standpunkt, mit allen finanziellen und moralischen Mitteln den Groß-Gerauer Kollegen zur Seite zu stehen. Das Schicksalskind der diesigen Kollegen-Gesellschaft — die Verdringungsabteilung — wurde eingehend kritisiert. Ein Teil der Prinzipale glaubt in dieser Frage immer noch, sich den Teufel um tarifliche Abmachungen kümmern zu müssen. In dieser Angelegenheit dürfte hoffentlich bald das Tarifratsamt III zu Frankfurt diesen Tarifhürden zu Gemüte führen, was Rechen ist. Nebenbei bemerkt sind zwei dieser rentierten Prinzipale noch Mitglieder des Tarifschiedsgerichts; kein Wunder, wenn das Vertrauen zu dieser Gerichtsbarkeit in den Gehilfenkreisen stark erschüttert ist. Wie überhaupt die Prinzipale-unter-Gewerkschaften die traurige Lage ihrer Gehilfen zu beurteilen in der Lage sind, diese nachholenden der deutschen Kollegen-Gesellschaft zur Illustration. Jedes Wort der Kritik würde die Wirkung abzumachen. Nachdem das Tarifratsamt III in seiner Sitzung vom 8. Dezember v. J. alle Anträge der Gehilfen-Gesellschaft auf Verbesserung ihrer materiellen Bezüge abgelehnt hatte, glaubte der Prinzipalsvorstand Schlober ein Maßfährchen an die Wunde der Gehilfen legen zu müssen, indem er letzten Kollegen freiwillige Zulagen zu Weihnachten empfahl. Auch der Darmstädter Bezirksverein des Deutschen Buchdruckervereins nahm zu dieser Frage Stellung und die beiderseitige Summe von 50 Mk. für den Verdringten, 25 Mk. für den Lebigen und 12,50 Mk. für jedes Kind bis zu 14 Jahren was das Resultat dieser „Hilfsaktion“. Daß dieser Bezahlung „berechtigte Freude“ bei der Gehilfen-Gesellschaft auslöste, nachdem alle ihre Hoffnungen auf die Kreis-amtsleitung in den Main gefallen waren, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Nach § 10 Abs. c der Satzung wurde ein Mitglied dem Gauvorstande zum Ausschluß empfohlen. Nach Erörterung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Erfurt. Die für den 23. Januar nach hier einberufenen Jahreshauptversammlung der Gauvereinigung der Stereotypen-, Galvanoplastiker und Schriftgießer für Thüringen hatte sich besonders von auserhalb einer regen Teilnahme zu erfreuen. Er erschienen waren Kollegen aus Jena, Suhl, Pöbneck, Rudolstadt, Langensalza und Sangerhausen und aus Erfurt zeitweise vier Kollegen; die übrigen Erfurter Spartenkollegen dokumentierten durch ihr Fernbleiben leider ihre Arbeitslosigkeit. Leider kamen die Er erschienenen nicht ganz auf ihre Kosten, da infolge unvorhergesehener Schwierigkeiten die angelegte Beschichtung einer halbautomatischen Schnellgußanlage nicht stattfinden konnte, weshalb der Vorsitzende diese Anlage an Hand von Photographien besprechen mußte. Die Aussprache über das Gehörte sowie anschließend über den Punkt „Technisches“ war eine rege und belebende. Neuaufnahmen waren vier zu verzeichnen. Die Vereinigung zählt in neun Druckorten 34 Mitglieder. Den ausspätrigen Teilnehmern konnte das halbe Fraßgeld vierter Klasse erstattet werden. Der alte Vorstand wurde neu bestelligt.

Freising. Unre Generalversammlung, die mittelmäßig besucht war, fand am 14. Januar statt. Aus den Berichten des Vorsitzenden und des Kassierers war zu entnehmen, daß das abgelaufene Geschäftsjahr ein arbeitsreiches und lebhaftes war. Zu Anfang des zweiten Halbjahrs trat eine große Arbeitslosigkeit ein, die zu beschränkter an der Anfang der heiligen Verhältnisse weiterete. Die Kassenverhältnisse sind in Anbetracht des schweren Jahres zufriedenstellend. Der Ortsbeitrag wurde von 25 Pf. auf 65 Pf. erhöht. Ebenso wurden die Vergütungen für Vorsitzenden, Kassierer und Kartelldelegierte der Zeit entsprechend

lesteleht. Der amtierende Vorstand wurde per Akklamation wiedergewählt, ein Vizepräsident neu gewählt. Ferner wurde beschlossen, anlässlich der Wiederkehr des 25. Jahrestages der Einführung des Tarifs am biesigen Orte sowie zur Ehrung der 25jährigen Verbandzugehörigkeit der biesigen Kollegen eine Festlichkeit zu veranstalten.

Ordnungs-Ausschuss. Unsere Hauptversammlung am 22. Januar war sehr besucht. Vorsitzender Schlegel gab den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, aus dem hervorging, dass die Arbeitsverhältnisse gut und die Versammlungsbuchführung betriebend war. Unser Ordnungs-Ausschuss durch den Bericht der Hauswirts Kollegin vom 20. Leipzig eine Schwächung. Mitarbeiterzahl am Ende des Berichtsjahrs 18; der Lehrungsabteilung gehören drei Lehrlinge an. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Walter Bergmann gewählt, Kassierer blieb Kollege Max Winkler. Alle übrigen Punkte der Tagesordnung fanden eine glatte Erledigung.

Strichberg l. Schl. Am 16. Januar fand die Generalversammlung unseres Ortes statt. Der bisherige Vorstand, der auch als Begrüßungsausschuss tätig wurde, wurde wiedergewählt. Die Mitgliederzahl stieg am Orte (mit Warmbrunn) auf 75, im Bezirk auf 178. Neu aufgenommen im Vorjahr 21 Mitglieder. Ein Invalide wurde des Ortes und zu Weibachden auch zwei Kriegserwittem unterstellt. Der neue Tarif fand überall Eingang. Die biesige Graphische Vereinigung findet reges Interesse. Am 16. Januar begann die biesige Lehrungsabteilung ihre Tätigkeit mit einem Einführungsvortrag und Besprechung einer Rundschau.

Leipzig. (Schriftschreiber.) Unsere Generalversammlung war sehr stark besucht. Unter „Geschäftlichem“ gab der Vorsitzende bekannt, dass sich neuerlich Verhandlungen nötig machten zwecks Unterbringung von Arbeitskräften. Der Vorstand werde alles tun, um zu verhindern, dass Arbeiten nach außen vergeben werden. Vom Gauvorstande sind uns die Delegationsstellen für einen Vertreter zu einer einmündigen Besprechung nach Berlin bewilligt worden. Von der Zentralkommission der Schriftschreiber ist ein Schreiben eingegangen, worin gegen den Verlammlungsbericht über unsere Novembererlammlung protestiert wird. Die Verlammlungspflicht des Vorstandes bei, dass dieser Protest unberechtigt sei und hielt die damals geäußerte Einschätzung aufrecht. Namentlich gab der Vorstand keinen Tätigkeitsbericht, aus welchem die rührige Tätigkeit unserer Vereinigung hervorging. Mit Unterstützung der Vorstande in unserer Zusammenarbeit mit der Kollegenchaft verlor, unsere Bewegung vorwärts zu streben, was auch teilweise gelungen ist. Den besten Beweis für das intensive Verlammlungsleben vieler der im vergangenen Jahr außerordentlich gute Verlammlungen sind. Aber nicht nur der allgemeine Bericht zeigt eine aufwärtsstrebende Linie, nein, auch in finanzieller Hinsicht haben wir eine kleine Besserung zu verzeichnen. Kollege „Dorn“ dankte dem Vorstand im Namen der Kollegenchaft für seine wertvolle Tätigkeit und erklärte: „Am die geschlossene Wiederwahl des Vorstandes, Kollege „Karl“ erwiderte, dass der Vorstand nicht sei, auch für die Zukunft nach besten Kräften diese Tätigkeit auszuführen, doch lehnte der Vorstand voraus, dass die Kollegenchaft auch weiterhin durch rege Mitarbeit an dem Vereinsleben ihre Mitarbeit bezeuge. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Mühlhausen l. Th. Kein nachahmenswertes Beispiel haben jüngst die biesigen Prinzipale geleistet. Die Gehilfen waren an sie herangetreten mit dem Ersuchen, auch mal ein nachahmenswertes Beispiel durch Bewilligung von einmaligen 100 Mk. für jeden Gehilfen zu statuieren. Die Gehilfen konnten sich dabei auf das Vorbild eines Prinzipals berufen, der erst vor reichlich Jahresfrist ein Papierwarengeschäft mit kleiner Druckerlei übernommen hat, und seinen Gehilfen als Weihnachtsgabe eine Briefschale mit 100 Mk. Unbalt überreicht hatte. Unfalls dieses Beispiel nachzuahmen, lehnten die anderen Prinzipale das Ersuchen der Gehilfen ab und machten dem vorgenannten Prinzipal noch Vorbildungen über sein Verhalten, wobei auch letzters einzelner Prinzipale die Besorgung über Minimum verurteilt worden ist. Der größte Teil der biesigen Prinzipale zahl nämlich nur Minimumlöhne und glaubt schon wunder was zu tun, wenn er einem Gehilfen, der schon jahrelang im Geschäft ist, 1-2 Mk. über Minimum gibt. Dem Gehilfenvertreter gegenüber wurde bei Mitteilung der Ablehnung des Gesuchs noch zum Ausdruck gebracht, dass das angelegene Vorbild nicht der Wahrheit entspreche, da es sich nicht um 100 Mk. bares Geld, sondern um Ladenhüter im Schätzungswerte von 100 Mk. gehandelt hätte. Dass dies eine verurteilte Irreführung der Gehilfen bedeutet, sei hiermit ausdrücklich festzustellen. Ganz besonders ist zu bedauern, dass bei der Ablehnung des Gesuchs der Gehilfen Hand in Hand mit den Verlegern der beiden bürgerlichen Blätter „Mühlhäuser Anzeiger“ (deutschnational) und „Mühlhäuser Zeitung“ (Dem. Volkspartei), auch der Verleger des „Mühlhäuser Volksblattes“, Richard Markewitz, (S.V.D.) marcierte. Dielem Herrn wird es durch das Entgegenkommen der Arbeiterdruckerlei in Kassel, die ihm die Matern des „Kasseler Volksblattes“ zum Abdruck überlässt, ermöglicht, mit einem Personal von fünf Gehilfen außer einer täglich erscheinenden Zeitung von vier (Sonntagsabends sechs) Seiten auch noch eine Menge anderer Druckerarbeiten herzustellen. In puncto Besorgung oder etwaiger Vergünstigungen gilt aber bei ihm das Sprichwort: „Selber essen macht fett.“ Davon wissen auch die zuständigen Tarif- und Verbandsfunktionäre seit aller Zeit schon ein Liedchen zu singen.

Neustenburg. Mit einer wegen ihrer geringfügigkeit lächerlichen Angelegenheit hatte sich dieser Tage das Tarifschiedsgericht Frankfurt a. M. zu befassen. Raut Tarif

beträgt die tägliche Arbeitszeit acht Stunden, die wöchentliche 48 Stunden. Um einen irelen Sonnabendnachmittag zu haben, arbeiten die Kollegen der Firma August Koch in Neustenburg b. Frankfurt a. M. diesen halben Tag geteilt auf die ersten fünf Tagen der Woche. In der Weihnachts- sowie in der Neujahrswache betrug die Arbeitszeit infolge des Feiertags nur 40 Stunden. Herr Koch erklärte uns, Sonnabends würde nur ein halber Tag gearbeitet, infolgedessen hätten die Arbeiter auch nur Anspruch auf die Bezahlung des halben Feiertags. Trotzdem alle Kollegen in den beiden traurigen Wochen 43 1/2 Stunden gearbeitet hatten, bezahlte Herr Koch nur 40 Stunden und verweigerte die Bezahlung auch trotz gegenteiliger Anweisung des Prinzipalvertreters. Es mußte infolgedessen zur Klage geschritten werden. Bei der Verhandlung benutzte Herr Koch alle möglichen Ausreden, was ihm jedoch alles nichts half. Die Arbeit war geteilt und mußte auch bezahlt werden. In die Enge getrieben, erklärte er dann, die Zeit bezahlen zu wollen, was inzwischen auch geschehen ist. Viele Kollegen werden in der Weihnachtszeit neidisch nach dem Streik III geblieben haben, wo sich die Prinzipale bereit erklärt hatten, freiwillig eine nicht unbedeutende Summe als Winterbeihilfe auszugeben. Die Kollegen der großen Druckereien können ja dadurch in den Genuss dieses Betrags die Kollegen mancher kleinen Druckerlei hatten jedoch das Nachsehen, u. a. auch die Kollegen der drei Druckereien in Neustenburg. Dies sollte den Gehilfenvertretern als Warnung dienen, sich auf freiwilliges Geben einzulassen. Sie müssen vielmehr darauf dringen, dass derartige Abmachungen allen Prinzipalen zur Pflicht gemacht werden.

o o o o o Rundschau o o o o o

Von der Prinzipalshonorez in Leipzig. Der Gesamtvorstand des Deutschen Buchdruckervereins hielt unter Sitzungsbildung weiterer Funktionäre bekanntlich am 24. und 25. Januar eine wichtige Sitzung ab. In der „Zeitschrift“ ist darüber noch nicht berichtet worden. Einem Auszug der „Papierzeitung“ aus dem uns nicht zugänglichen „Börsenblatt“ für den Deutschen Buchhandel entnehmen wir aber, dass die gegenwärtige Lage des Gewerbes und die tariflichen Verhältnisse eingehend besprochen worden sind. In welchem Sinne, ist in den Verhandlungen des Tarifauschusses sehr wohl deutlicher zum Ausdruck gekommen, als es in der „Zeitschrift“ noch ausgeführt werden wird. Die Konflikte in Düsseldorf, Danzig, Berlin, Weiden - dann beiläufig „u. a.“ - müssen die Gemüter erhitzen, bei ihren Ursachen und deren Vermeidbarkeit durch sich selbst scheint man sich aber wieder nicht abgeben zu haben. Viel Berlin mit einem „wilden Streik“ in Zusammenhang zu bringen ist, will uns nicht einleuchten. Die „Schuljahrsperrung“, „die kleinen, meistens „geringfügigen“ Vorgängen - wenn man keine Sachgeschehnisse treiben würde! - wurde dann wieder gründlich - fast - vergessen: Der Fonds für besondere Zwecke soll durch beträchtliche Erhöhung der Beiträge wesentlich gestärkt werden, außerdem sollen noch kreisweite Fonds in beträchtlicher Stärke angelegt werden, um gegen „tarifliche Übergriffe“ - „u. a.“ - besser gerüstet zu sein. Da man die richtige Methode der Lohnverteilung nicht kennen will, wird die der Anklammerung von Arbeitslosen gemäß. Wo das hinausführen muss, erfordert kein Rästelraten. Man rede dann aber nicht so viel von der Erhaltung des Friedens im Gewerbe! Die Zunahme der Schwundhonorierung soll alsdann die Reduktion der Medaille wieder kläglich deutlich gezeigt haben. Die Preisunterbreiterer soll einfach überhandnehmen. Das läßt gar tief blicken! Mit der Einrichtung von Berechnungsbüros und deren hitelmatrischer Aufbarmachung über das ganze Reich will man abermals Schluppsarbeit verrichten. Es sollen auch „Mitteilungen des Berechnungsamts“ zu diesem Zweck herausgegeben werden. Über den Ausbau der Organisation des Deutschen Buchdruckervereins muß man große Pläne haben. Man will das Urteil eines namhaften Volkswirtschaftlers noch darüber in bestimmten Punkten hören. Richtige volkswirtschaftliche Erleuchtung ist etwas, was es auf der andern Seite noch sehr fehlt; dieses Koch wird bei dieser Gelegenheit aber gewiß nicht verstoßen werden, so notwendig es auch wäre. Falls der obige Bericht in der „Zeitschrift“ noch etwas Bemerkenswertes enthalten sollte, wird weiteres zu sagen sein.

Buchhändlerlagungen in Leipzig. Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler und die Deutsche Buchhändlergilde werden am 12. und 13. Februar zu außerordentlichen Verhandlungen zusammenzutreten. Diese Lagungen sollen sich mit der Neuauflage der Bestimmungen über Zuschläge zum Ladenpreis befassen. Der Schwerpunkt der Beratungen liegt aber in einer ersten Skizze, die durch Uneinigkeit in den eigenen Reihen entstanden ist. Es ist bekannt, dass es sich hierbei um Differenzen auf dem Preisgebiete handelt oder deutlicher: um die Beibehaltung oder Abbau der Übersteuerung.

Nachahmenswerte Beispiele. Am 5. Februar waren 25 Jahre verfloßen, seit der letzte Inhaber des „Stettiner Generalanzeigers“, Herr Hauptmann a. D. v. Dewitz, die Leitung deselben übernahm. Das Gesamtpersonal überreichte dem Chele eine kunstvoll ausgeführte Adresse. Das Gesamtpersonal erhielt einen Extrawochenlohn, jeder Belehretete noch 100 Mk. und jeder über 25 Jahre im Geschäft Tätige 200 Mk. extra ausgezahlt. In Betracht kommen über 100 Personen. - In Kassel lauten bewilligte die Buchdruckerl. Carl P. Sch. Schmidt dem verheirateten technischen Personal eine einmalige Beihilfe von 250 Mk.

Ein Buchdrucker als Allertumskontrollor. Der Seherkollege Carl Gersbach in Säckingen ist vom badischen Kultusministerium zum Kontrollor der Allertümer und Naturdenkmale des Amtsbezirks Säckingen ernannt worden. Kollege Gersbach hat auf diesem Gebiete durch Selbststudium sich ausreichende Kenntnisse erworben.

Ergebnis des Preisausschreibens für Konstruktoren einer Zettungs-einschneidemaschine. Die Firma Willein & Co. in Berlin hatte zu Anfang 1920 hierfür 30000 Mk. ausgesetzt. Das Preisgericht entschied nummehr über die eingegangenen Arbeiten. Der erste und zweite Preis mußten zusammengezogen werden und wurden als halber erster Preis verteilt, da nach helnem dieser Entwürfe sich sofort die Auslieferung einer Maschine ermbglichen läßt. Unter den sonstigen Preisträgern befinden sich auch der Rollationsmaschinenfabrik Walter Brunewald in Neuhöfen und der Buchdruckerlehrling Depperl in Mannheim-Neckarau.

Seeresverbandsbüchchen von der Buchdruckerberufsgenossenschaft. In Nr. 3 brachten wir eine Mitteilung, dass der Verlag der „Arztischen Rundschau“ (München) Seeresverbandsbüchchen zum Einzelpreis von 1,25 Mk. empfiehlt. Die Deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft schreibt uns darauf, dass derartige Seeresverbandsbüchchen, 9 cm breit, 3 m lang, mit zwei starken Sublimatkompressen, wasser- und feuerbeständig in präparierten Stoffe verpackt, zu nur 50 Pf. pro Stück einschließlich Verpackung an Angehörige des graphischen Gewerbes abgegeben werden. Bestellungen sind unter der Adresse: Deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft, Leipzig, Buchgewerbehause, Tolststraße, auszugeben.

Ein Druckerlehrling wegen Stellenhandel mit Papier bestraft. Nach Leipziger Zeitungsberichten wurde vom Wuchergesicht ein Buchdruckerlehrling Hermann Walter Dietrich mit 15000 Mk. Geldstrafe belegt, weil er 10000 Kilogramm Druckpapier ohne Bezugsscheine gehandelt und mit Gewinn an Papiergroßhandlungen abgegeben hatte. Für diese jedenfalls recht einträglich gewesene Handlungswelle erhielt Dietrich einen Strafbescheid über 18000 Mk., gegen den er Einspruch erhob und Herabsetzung um 3000 erzielte. Einen Druckerlehrling dieses Namens haben wir jedoch im Druckerlehrlingbuch nicht ermitteln können.

Wegen Papiergeldfälschung verurteilt. Zu einem ganzen Kontraktum dieser Art von modernen Geldmachern, das jetzt in Dresden vom Schouwergesicht abgeurteilt wurde, gehören auch ein Seher Weidmann und ein Drucker Gierloff. Ersterer erhielt einundneunzig Jahr, letzterer ein Jahr Gefängnis.

Ein Schriftschreiber als Dieb und Warenhausbrandstifter. In der vorigen Woche wurde das am Alexanderplatz in Berlin gelegene große Warenhaus Tief nachts von Großheuer besehtelt (etwa 3 Millionen Brandschaden). Während des Brandes schlüpfte ein fleischfarbiger, Mann, aus dem Warenhaus, wurde aber dabei festgenommen. Es wurde festgestellt, dass die verhaftete Person der Schriftschreiberlehrling Waldemar Krüger aus Siedlitz ist, der seine Mutter um 250 Mk. bestohlen hatte und damit nach Berlin gemacht war, wo er innerhalb zwei Tagen alles verlor. Im sich wieder Bewegungsgelder zu seinen Vergnügungsfabriken zu verschaffen, verfechte er sich in der Möbelabteilung unter einem Schreibstisch, nachts wollte er dann einen Zeutungs unternehmen, zunächst schielte er aber ein. Gegen Morgen schlief er dann in verschiedenen Abteilungen umher und raubte für ungefähr 50000 Mk. Gegenstände zusammen. Damit er dabei leben könne, stündete er Streichhölzer an, hierdurch entstand an einer Stelle Feuer, das dann einen so großen Umfang annahm. Der Junge Mensch wird durch seine große „Selbsttat“ die Buchdruckerlaufbahn schnell beendigt haben.

Notgeld-„Sinnprüche“. Auf neuem Notgeld der thüringischen Stadt Prohlitzla findet man folgende Verle: „Berlin, Prohlitzla, München - wir gleichen uns gar sehr; das Kleingeld fehlt uns allen, das große noch viel mehr.“ „Ich hätte mir das Hochgericht der alten Zeit noch lieb'n und könnten alle Wucherer am Galgen baumeln lieb'n!“

Stralauer Arbeitszeitverlängerung für Lehrlinge. Das Stralauer Landgericht verurteilte kürzlich einen Handwerksmeister zu einer Geldstrafe, weil er seine Lehrlinge unter Verletzung von Lehrvertragsbestimmungen zum Austräumen der Werkstätte über die achtstündige Arbeitszeit hinaus beschäftigte. Das Landgericht erblidete in dieser Handlung einen Verstoß gegen die Verordnung über die achtstündige Arbeitszeit. Es komme dabei gar nicht in Frage, ob eine derartige Handlung im Interesse des Handwerks liegt; machend ist einzig und allein die erwähnte Verordnung, die auch für die Lehrlinge den achtstündigen Arbeitstag einschließt.

Die Arbeiterkontrolle in Italien. Nach dem erfolgreichen Kampfe der italienischen Bergarbeiter im Herbst des vorigen Jahres hat sich bekanntlich die Kontrolle verpflichtet, ein Betriebsratsgesetz dem Parlament zu unterbreiten, welches den Arbeitern sehr weitgehende Kontrollrechte zusichern soll. Es wurde eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, eingesetzt, um eine Vereinbarung zu treffen. Die Forderungen des Gewerkschaftsbundes für die Kontrolle - unter Zulassung der absoluten Beibehaltung des Produktionsverfahrens - waren die folgenden: 1. Kontrolle der Beschaffung des Rohmaterials, 2. Kontrolle beim Verkauf der Fertigprodukte und Festlegung der Preise, 3. Mitbestimmungsrecht bei Festlegung der Löhne und Ausstellung der Arbeit unter den Arbeitern, 4. Kontrolle der allgemeinen Geschäftskontrollen und Entscheidung über die Beschaffung neuer Maschinen, 5. Befestigung der